

Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands

Maretzke, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maretzke, S. (2015). Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands. In *Chancen und Risiken aus der demografischen Entwicklung für die Berufsbildung in den Regionen* (S. 11-36). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. <https://doi.org/10.3278/111-071w011>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>

Steffen Maretzke

► Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands

Anliegen dieses Beitrages ist es, die wesentlichen Faktoren der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung herauszuarbeiten und einen Überblick über aktuelle und mittelfristig absehbare räumliche Differenzierungen dieser Entwicklung in Deutschland zu geben. Am Beispiel ausgewählter regionaler Strukturindikatoren wird gezeigt, dass sich der demografische Wandel in den Regionen Deutschlands in der Vergangenheit in starker Abhängigkeit von der strukturellen Stärke/Schwäche wie von der Siedlungsstruktur vollzogen hat. Da die Arbeitskräfteangebotsentwicklung in erheblichem Maße auch von den demografischen Rahmenbedingungen geprägt wird, soll hier – unter Nutzung ausgewählter Ergebnisse der BBSR-Erwerbspersonenprognose 2009–2030 – zudem differenziert beschrieben werden, dass die sich wandelnden demografischen Strukturen und Trends die Arbeitskräfteangebotsentwicklung der Regionen in Deutschland in starkem Maße prägen.

Einleitung

Die zentralen Herausforderungen des demografischen Wandels leiten sich in Deutschland aus dem niedrigen Geburtenniveau, der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung und den langfristigen Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland ab. Während das niedrige Geburtenniveau, das den Ersatz der Elterngeneration schon lange nicht mehr sichert, tendenziell rückläufige Bevölkerungszahlen befördert (vgl. Abbildung 1), resultiert aus der kontinuierlich sinkenden Sterblichkeit eine stete Zunahme der Zahl und des Anteils älterer Menschen.

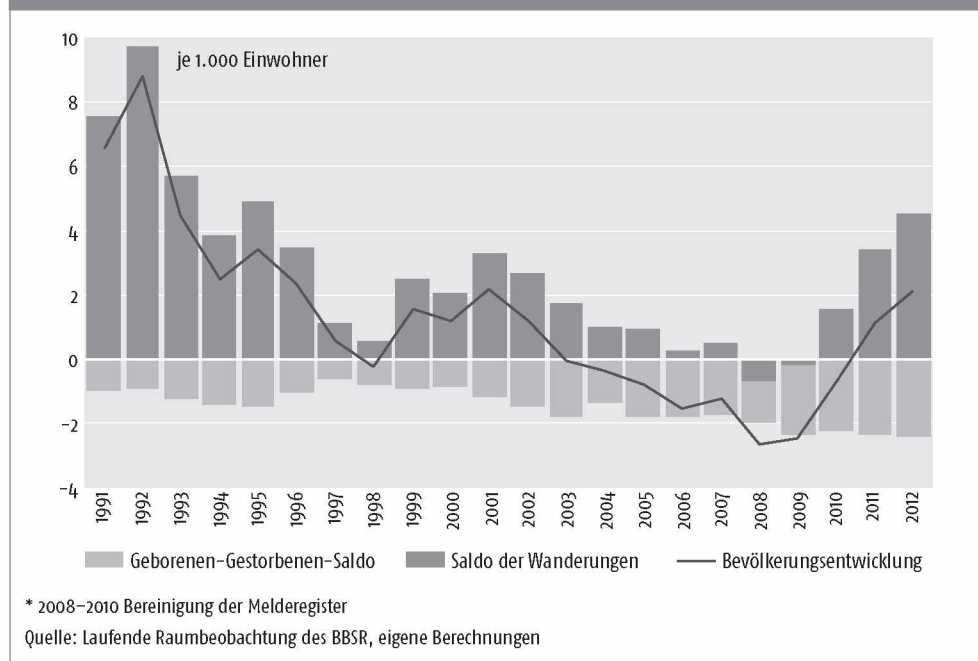
Bei den Wanderungen aus dem bzw. in das Ausland leiten sich die wesentlichen Wirkungen auf Bevölkerungszahl und -struktur vor allem aus dem Saldo dieser Wanderungen ab. Langfristig realisierte Deutschland im Ergebnis der Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland z. T. beachtliche Bevölkerungsgewinne, die die latenten Sterbeüberschüsse in der Regel mehr als kompensierten.

In den letzten zehn Jahren (seit 2004) konnten die Wanderungsgewinne die Sterbeüberschüsse allerdings immer seltener kompensieren. Ursache dafür war die schwache konjunkturelle Entwicklung in Deutschland infolge der Finanzkrise. Im Ergebnis verringerten sich die Wanderungsgewinne spürbar, weil deutlich weniger Personen zuwanderten und zunehmend mehr Personen ihren Wohnort ins Ausland verlegten. Die Wanderungsüber-

schüsse konnten tendenziell die wachsenden Sterbeüberschüsse nicht mehr kompensieren. 2008 und 2009 realisierte Deutschland sogar Wanderungsverluste. Zu beachten ist hier aber auch, dass diese Verluste sicherlich auch das Ergebnis von Melderegisterbereinigungen in den Jahren 2008 bis 2010 sind, da die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden in diesen Jahren zahlreiche Melderegisterbereinigungen enthalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse sind daher mit dem jeweiligen Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (DESTATIS 2014).

In den folgenden drei Jahren (2010 bis 2012) verbesserte sich die Wanderungsbilanz Deutschlands wieder spürbar. Weil Deutschland die aktuelle Finanzkrise wesentlich besser als viele andere EU-Länder meisterte, orientieren sich zunehmend mehr Personen dieser EU-Länder in Richtung Deutschland. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes fallen die Wanderungsgewinne 2013 deutlich höher als 2011 und 2012 aus. „Erstmals seit 1993 liegt die Zahl der Zuzüge um mehr als 400.000 über der Zahl der Fortzüge. Über die Herkunftsländer liegen Daten für das erste Halbjahr 2013 vor: Die Mehrzahl der ausländischen Zuwanderer kam aus Osteuropa (Polen, Rumänien, Bulgarien). Wie schon im ersten Halbjahr 2012 stieg aber insbesondere die Zuwanderung aus EU-Ländern, die von der Finanz- und Schuldenkrise besonders betroffen sind (Italien, Spanien, Portugal)“ (DESTATIS 2013).

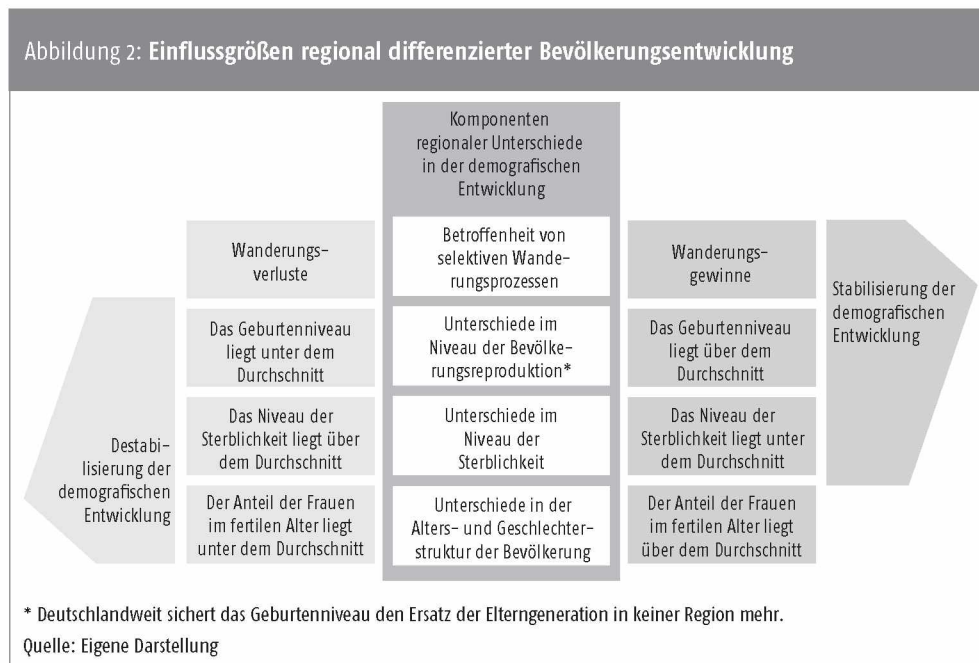
Abbildung 1: Trends der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1990–2012



Diese Prozesse der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung weisen allerdings im regionalen Kontext deutlich differenziertere Entwicklungsmuster auf, die im Folgenden etwas ausführlicher beschrieben werden.

1. Faktoren regional differenzierter Bevölkerungsentwicklung

Die regionale Bevölkerungsentwicklung wird wesentlich durch die bereits oben beschriebenen Faktoren der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung geprägt. Neben den regionalen Unterschieden im Geburten- und Sterblichkeitsniveau zeigen sich auch beachtliche regionale Unterschiede bei den Wanderungen, was für die Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland wie für die Binnenwanderungen¹ gilt. Im Ergebnis langfristiger Entwicklungsprozesse dieser zentralen demografischen Einflussgrößen haben sich aber auch spürbare regionale Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung aufgebaut, die im Ergebnis selbst eine wichtige Determinante regional differenzierter Bevölkerungsentwicklung sind (vgl. Abbildung 2).



Das regionale Wechselspiel dieser zentralen demografischen Einflussgrößen schlägt sich bereits langfristig in erheblichen regionalen Unterschieden demografischer Strukturen und Trends nieder, aus denen sich für die Regionen z. T. völlig konträre demografische Herausforderungen ableiten.

1 Hier als Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen quantifiziert.

Als besonders bedeutsame Herausforderungen des demografischen Wandels werden von den Experten (KIRCHGÄSSNER 2005; BUNDESMINISTERIUM DES INNERN 2011; OUTREVILLE 2001; BERKEL/BÖRSCH-SUPAN/WINTER 2002; MARETZKE 2001) im Allgemeinen die folgenden Aspekte genannt:

- ▶ das Niveau der Bevölkerungsentwicklung (Wachstum vs. Schrumpfung),
- ▶ die demografische Alterung sowie
- ▶ der zunehmende Internationalisierungsgrad der Bevölkerung.

Mit Blick auf die regionale Entwicklung kommen noch folgende Aspekte hinzu:

- ▶ die Zunahme von Disproportionen in der Geschlechterstruktur (MARETZKE/WEISS 2009) sowie
- ▶ die selektiven Wirkungen der Wanderungsprozesse (GATZWEILER/SCHLÖMER 2008; MAI/SCHAREIN 2009).

Die Disproportionen in der Geschlechterstruktur beziehen sich hier auf das Verhältnis von Frauen und Männern. In vielen Abwanderungsregionen sind Frauen, gerade in der für die Bevölkerungsentwicklung so wichtigen Altersgruppe 20 bis unter 45 Jahre, stark unterrepräsentiert. Hinter diesen Disproportionen versteckt sich also das für die regionale Bevölkerungsentwicklung so wichtige Phänomen, das die potenziellen Kinder von abgewanderten Frauen erst in den Zuzugsregionen geboren werden. Indirekt wird die demografische Situation der Abwanderungsregionen dadurch also verschärft, die der Zuzugsregionen verbessert.

Anhand ausgewählter Struktur- und Entwicklungsindikatoren, die diese hier identifizierten Herausforderungen quantifizieren, soll im Weiteren die regionale Vielfalt des demografischen Wandels in den zurückliegenden Jahren etwas differenzierter vorgestellt und bewertet werden.

2. Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands

2.1 Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung 2000 bis 2012

Im Zeitraum 2000 bis 2012² hat sich die Bevölkerungszahl Deutschlands relativ stabil entwickelt (vgl. Tabelle 1). Je tiefer man diese Entwicklungsdaten aber regional gliedert, desto deutlicher wird, wie unterschiedlich sich die demografischen Prozesse im regionalen Kontext gestalteten (BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG [BBSR] 2010, 2011, 2012; MARETZKE 1995; MARETZKE 2008). Im Wesentlichen lassen sich in diesem Zeitraum die folgenden regionalen Entwicklungsmuster festmachen:

² In diese Untersuchungen gingen noch keine Ergebnisse des Zensus 2011 ein. Die Bevölkerungszahl von 2012 wurde hier für jedes Raumaggregat aus der 2011er-Bevölkerungszahl plus Wanderungssaldo plus Geborenen-Gestorbenen-Saldo berechnet. Die Zensus-Bevölkerungszahl lag 2011 in Deutschland ca. 1,5 Mio. unter der bislang veröffentlichten Zahl.

Tabelle 1: Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands 2000 bis 2012

Regionstypen, alte und neue Länder, Deutschland	Geburten	Gestorbene	BWS*	AWS*	WS*	Bevölkerungs- entwicklung 2000–2012** (in %)	Durch- schnittsalter 2011 (in Jahren)	Frauen je 100 Männer (25–49- Jährige) 2011	Personen mit Migrations- hintergrund 2011 Anteil in %***					
										2001–2012				
										je 100 Einwohner				
alte Länder (ohne Berlin)	10,3	12,2	0,8	2,2	3,0	1,1	43,6	98,2	10,8					
Kreisfreie Großstädte	11,1	12,6	2,1	2,8	5,0	3,6	43,1	97,2	15,2					
Städtische Kreise	10,1	11,8	0,0	2,5	2,5	0,7	43,7	99,4	10,5					
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	10,0	12,3	1,1	1,0	2,2	-0,2	43,7	97,6	7,4					
Dünn besiedelte ländliche Kreise	9,8	12,7	0,2	1,2	1,4	-1,6	43,9	96,8	6,7					
neue Länder	9,0	12,7	-3,1	1,2	-1,6	-5,4	45,7	90,5	4,0					
Kreisfreie Großstädte	10,9	11,9	2,9	2,5	5,3	4,6	43,6	93,2	8,3					
Städtische Kreise	8,0	13,9	-8,0	0,3	-6,2	-12,7	47,6	88,5	1,5					
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	8,2	13,2	-7,0	0,8	-5,3	-10,5	47,0	88,0	1,6					
Dünn besiedelte ländliche Kreise	8,0	12,8	-6,0	0,2	-5,0	-10,0	46,7	89,0	1,6					
Deutschland	10,1	12,3	0,0	2,0	2,0	-0,3	44,0	96,6	9,5					
Kreisfreie Großstädte	11,0	12,4	2,3	2,7	5,1	3,8	43,2	96,2	13,4					
Städtische Kreise	10,0	11,9	-0,3	2,4	2,0	0,1	43,9	99,0	10,1					
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	9,5	12,5	-1,1	0,9	-0,2	-3,3	44,7	94,9	5,8					
Dünn besiedelte ländliche Kreise	9,0	12,8	-2,4	0,7	-1,6	-5,3	45,1	93,5	4,6					

AWS – Außenwanderungssaldo; BWS – Binnenwanderungssaldo über Kreisgrenzen; WS – Saldo der Binnen- und Außenwanderungen

* ohne Berücksichtigung des Zensus 2011. Die 2012er Bevölkerungszahl wurde wie folgt berechnet: Bevölkerungszahl₂₀₁₁ + Saldo der Geborenen/Gestorben₂₀₁₂ + Wanderungssaldo₂₀₁₂

** Zensus 2011

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

- ▶ Die ostdeutschen Regionen weisen eine wesentlich ungünstigere Entwicklung als die westdeutschen auf. Während die Regionen der alten Länder (ohne Berlin) von 2000 bis 2012 noch einen geringen Bevölkerungszuwachs (+1,1 Prozent) realisierten, verringerte sich die Bevölkerungszahl der neuen Länder um mehr als 5 Prozent.
- ▶ Auf der Ebene der Bundesländer waren vor allem Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern von Schrumpfungsprozessen betroffen. Unter den alten Ländern wies das Saarland mit einem Rückgang von -5,5 Prozent die höchsten Bevölkerungsverluste auf.
- ▶ Auf der Ebene der BBSR-Kreistypen³ wird der passive Konzentrationsprozess der Bevölkerung besonders deutlich. Während die kreisfreien Städte in diesem Zeitraum noch Bevölkerungszuwächse von fast 4 Prozent realisierten, weisen die Regionen außerhalb dieser Zentren eine deutlich ungünstigere Entwicklung auf, wobei sich diese Trends mit sinkendem Verdichtungsgrad zunehmend ungünstiger gestalten. Entsprechend weisen die dünn besiedelten ländlichen Kreise die stärksten Bevölkerungsverluste auf. Dieses Entwicklungsmuster zeigt sich besonders klar in den Regionen der alten Länder. In den ostdeutschen Regionen realisieren alle Kreistypen außerhalb der kreisfreien Städte Bevölkerungsverluste von über 10 Prozent.

Analysiert man die regionalen Strukturen und Trends der wesentlichen demografischen Struktur- und Entwicklungsindikatoren dieses Zeitraumes in ihren Wechselwirkungen auf der Ebene der Raumordnungsregionen (vgl. Karte 1, siehe auch Tabelle 2), dann lassen sich die folgenden Zusammenhänge erkennen:

- ▶ Die Prozesse der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten- und Sterbeziffer) prägten die regionale Bevölkerungsentwicklung wesentlich stärker als die Wanderungen. Tendenziell gestaltete sich die Bevölkerungsentwicklung einer Region umso günstiger, je höher die Geburtenziffer bzw. je niedriger die Sterbeziffer ausfiel. Diese Zusammenhänge zeigen sich in Ost und West. Sie sind in den alten Ländern aber stärker ausgeprägt.
- ▶ Eine günstigeren Bevölkerungsentwicklung geht direkt mit einer geringeren Intensität der demografischen Alterung einher. Tendenziell lag 2011 das Durchschnittsalter der Bevölkerung umso niedriger, je günstiger sich die Bevölkerungszahl einer Region entwickelte und vice versa.

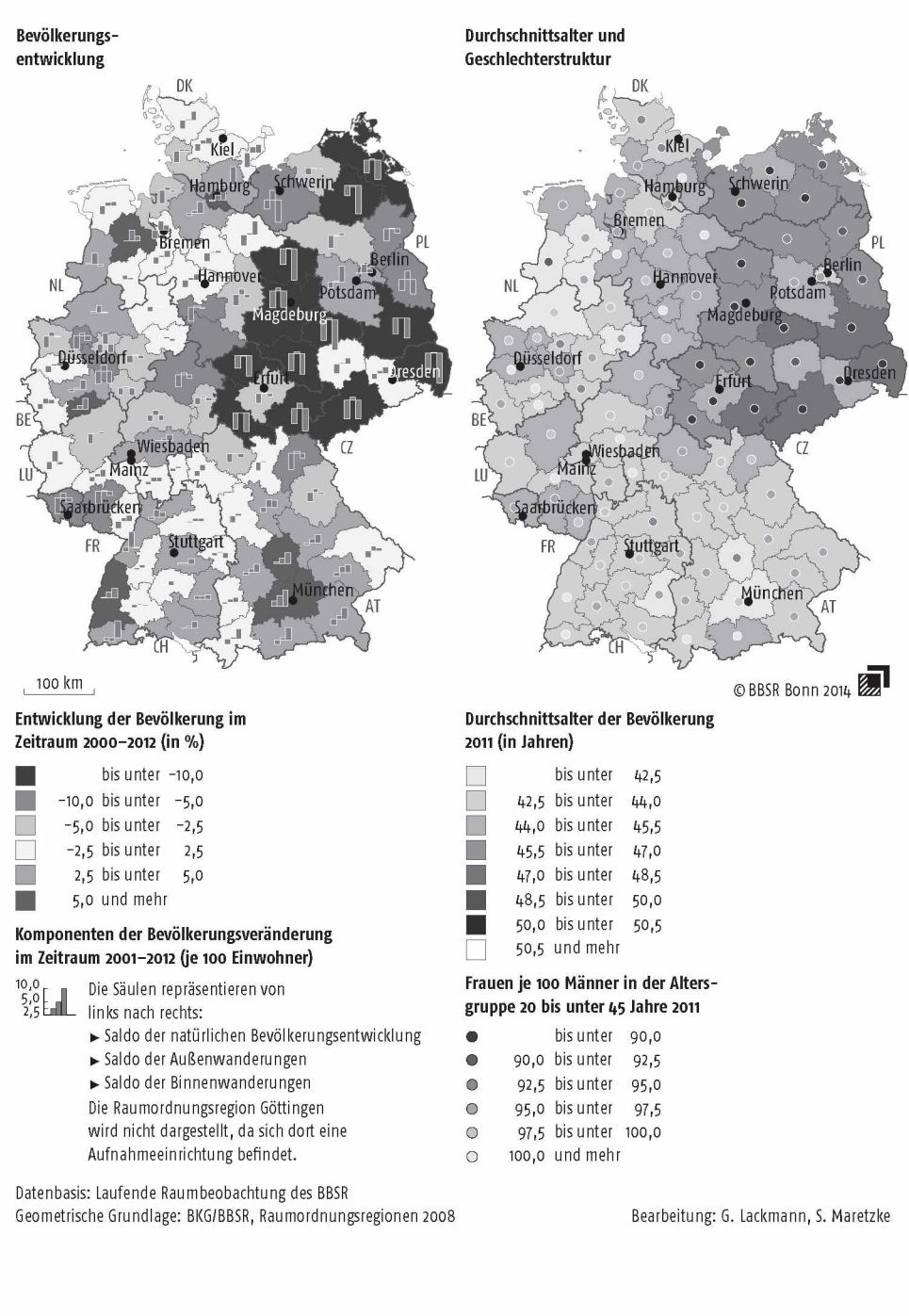
3 Die siedlungsstrukturellen Kreistypen des BBSR wurden auf der Ebene der Stadt- und Landkreise abgegrenzt, wobei kleinere kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohnern zuvor mit den ihnen zugeordneten Landkreisen zu Kreisregionen zusammengefasst wurden. Für diese Typisierung wurden der Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten, die Einwohnerdichte der Kreisregion sowie die Einwohnerdichte der Kreisregion ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte berücksichtigt. Vgl. http://www.bbsr.bund.de/dn_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4/kreistypen.html (gelesen am 5.9.2014).

Tabelle 2: Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung in den Regionen Deutschlands 2009 bis 2030

Regionstypen, alte und neue Länder, Deutschland	Bevölkerung insgesamt 2030 (in 1.000)	Bevölkerungsanteil 2030 in %			Frauen je 100 Männer (25–49- Jährige) 2030	Durchschnitts- alter 2030 (in Jahren)	Bevölkerungs- entwicklung 2009–2030 in %	Gestorbenen- überschüsse 2010–2030 je 100 Einw.	Wanderungs- saldo 2010–2030 je 100 Einwohner
		Frauen	0–19-Jährige	65 Jahre und älter					
alte Länder (ohne Berlin)	64.746	50,8	17,4	26,9	97,5	46,6	-1,0	-5,9	5,0
Kreisfreie Großstädte	17.056	50,7	17,2	24,3	96,2	45,2	-2,0	-3,0	1,0
Städtische Kreise	30.834	51,0	17,6	27,5	98,7	46,8	0,0	-6,4	6,5
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	10.101	50,7	17,4	28,2	97,2	47,3	-0,8	-7,6	7,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise	6.754	50,5	17,0	29,0	96,1	47,8	-3,4	-8,7	5,5
neue Länder	14.546	50,8	15,1	32,0	92,5	49,5	-11,2	-12,2	1,0
Kreisfreie Großstädte	5.797	50,7	16,3	26,3	93,2	46,4	-2,6	-5,0	2,5
Städtische Kreise	1.061	51,4	14,1	37,1	92,5	52,0	-21,1	-18,3	-4,1
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	3.376	50,6	14,6	35,3	91,0	51,3	-15,9	-16,4	0,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise	4.313	50,8	14,3	36,0	92,6	51,6	-15,0	-16,4	1,2
Deutschland	79.292	50,8	17,0	27,8	96,6	47,1	-3,1	-7,1	4,2
Kreisfreie Großstädte	22.853	50,7	17,0	24,8	95,5	45,5	-2,2	-3,5	1,4
Städtische Kreise	31.895	51,0	17,5	27,8	98,5	47,0	-0,9	-6,9	6,1
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	13.477	50,7	16,7	30,0	95,8	48,3	-5,1	-9,9	5,1
Dünn besiedelte ländliche Kreise	11.067	50,6	15,9	31,7	94,8	49,3	-8,3	-11,9	3,8

Quelle: Bevölkerungsprognose 2009–2030/ROP, eigene Berechnungen

Karte 1: Demografische Strukturen und Trends 2000 bis 2012



- ▶ Vor allem in den alten Ländern wird deutlich, dass sich die realisierten Binnenwanderungsgewinne, die in vielen Regionen ja maßgeblich für das Ergebnis ostdeutscher Binnenwanderungsverluste waren, sich sehr vorteilhaft auf die Altersstruktur der Bevölkerung dieser Zielregionen und im Ergebnis auf deren Bevölkerungsentwicklung auswirkten. Je günstiger die Bevölkerungsentwicklung einer Region ausfiel, desto höhere Binnenwanderungsgewinne realisierte sie, desto niedriger lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung und vice versa.
- ▶ Eine günstige Bevölkerungsentwicklung geht direkt mit einer relativ ausgeglichenen Geschlechterstruktur der Bevölkerung einher. Umgekehrt weisen die Regionen mit höchsten Bevölkerungsverlusten tendenziell auch stärkere Binnenwanderungsverluste, größere Disproportionen in der Geschlechterstruktur der Bevölkerung (25- bis 49-Jährige) und/oder eine ungleich höhere Intensität der demografischen Alterung auf. Die selektiven Wanderungen haben in den betroffenen Regionen offensichtlich im positiven wie im negativen Sinne ihre Spuren hinterlassen.

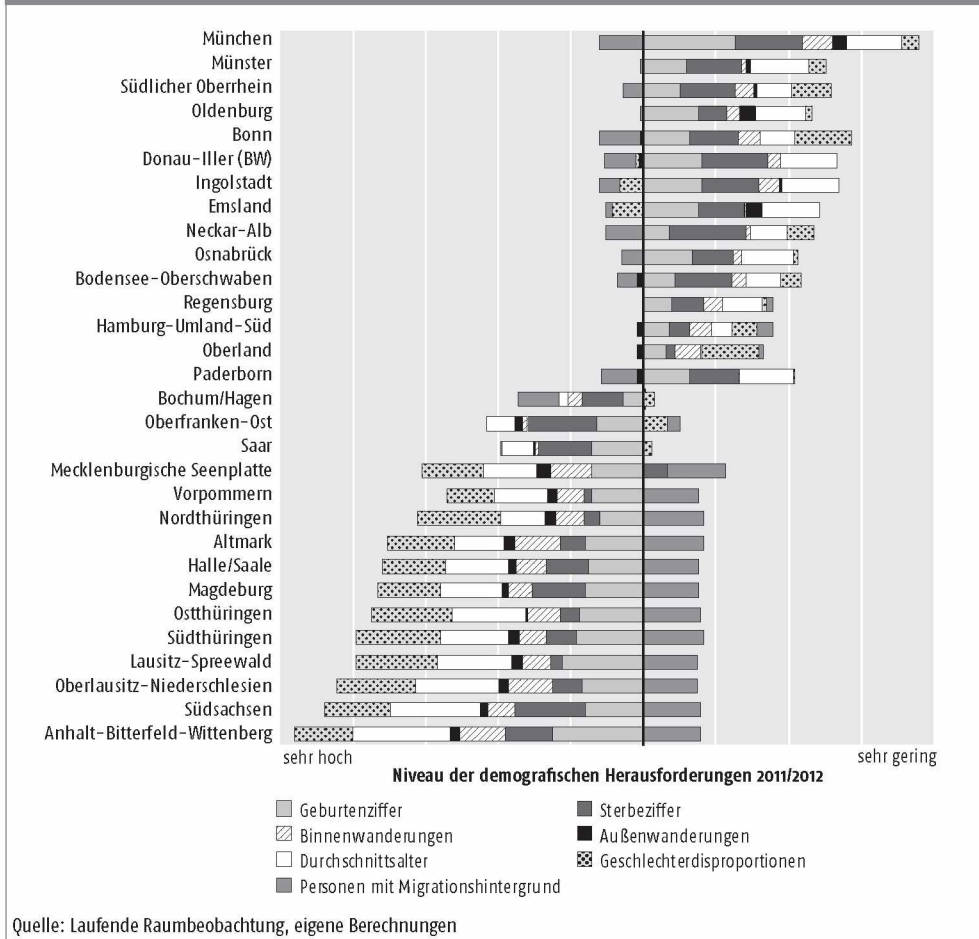
Auf der Ebene der Raumordnungsregionen zeigt sich sehr eindrucksvoll, dass sich das Niveau der demografischen Herausforderungen in direkter Abhängigkeit von der Intensität der demografischen Wachstums- oder Schrumpfungsprozesse gestaltet. Wenn man unterstellt, dass:

- ▶ hohe Geburten- und/oder niedrige Sterbeziffern,
- ▶ hohe Binnen- und/oder Außenwanderungsgewinne,
- ▶ relativ ausgeglichene Geschlechterproportionen,
- ▶ ein relativ niedriges Durchschnittsalter der Bevölkerung und/oder
- ▶ ein unterdurchschnittlicher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund

eine Region langfristig gesehen vor eher geringere Herausforderungen stellt, zeigt sich gerade in solch starken demografischen Wachstumsregionen wie Bonn, Oldenburg, Südlicher Oberrhein, Münster oder München, dass sie im Ergebnis ihrer anhaltenden Bevölkerungsgewinne tatsächlich ein deutlich geringeres Niveau an demografischen Herausforderungen aufweisen bzw. zu erwarten haben als beispielsweise die extremen Schrumpfungsregionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Südsachsen, Oberlausitz-Niederschlesien, Lausitz-Spreewald und Südthüringen (vgl. Abbildung 3).

Während sich in den hier genannten Wachstumsregionen einzig aus dem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ein höherer Integrationsbedarf ableiten lässt, weisen die oben aufgelisteten Schrumpfungsregionen bei fast allen hier berücksichtigten Strukturindikatoren einen besonderen demografischen Handlungsbedarf auf. Da in diesen Regionen nach wie vor vergleichsweise weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben wollen/können, fällt der Integrationsbedarf hier auch deutlich geringer als in vielen anderen Regionen aus.

Abbildung 3: Niveau der demografischen Herausforderungen in ausgewählten Raumordnungsregionen 2011/2012



Bei den Regionen mit Bevölkerungswachstum wird in der Diskussion um die daraus resultierenden demografischen Herausforderungen immer auch auf die höhere Nachfrage nach spezifischen Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie auf die vorhandenen Schwierigkeiten der Unternehmen hingewiesen, ausreichend Fachkräfte für ihre dynamische Entwicklung zu sichern. Diese Herausforderungen sind natürlich vorhanden. Es gibt aber einige Argumente dafür, dass die regionalen Akteure in der Lage sein sollten, diese Herausforderungen eigenständig zu meistern. Zum einen handelt es sich ja offensichtlich um viele strukturstarke Unternehmen, denen zahlreiche wirkungsvolle Instrumente zur Verfügung stehen, um vorhandene Fachkraftengpässe zu meistern. Zum anderen profitieren diese Regionen in aller Regel über einen längeren Zeitraum von steigenden Auslastungsraten ihrer vorhandenen Infrastrukturen, bevor sie tatsächlich in neue Einrichtungen investieren müssen, was die relativen Nutzerkosten

vergleichsweise geringer halten sollte (MARETZKE 2013, S. 9). Da das Bevölkerungswachstum, angesichts des allgemein niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland, vor allem aus Binnen- und/oder Außenwanderungsgewinnen resultiert, sind die demografischen Wachstumsregionen in der Regel auch die Profiteure der selektiven Zuwanderung, was sich insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt über eine verstärkte Zuwanderung qualifizierter und einkommensstarker Personen zeigt (HAUG 2000, S. 13 f.).

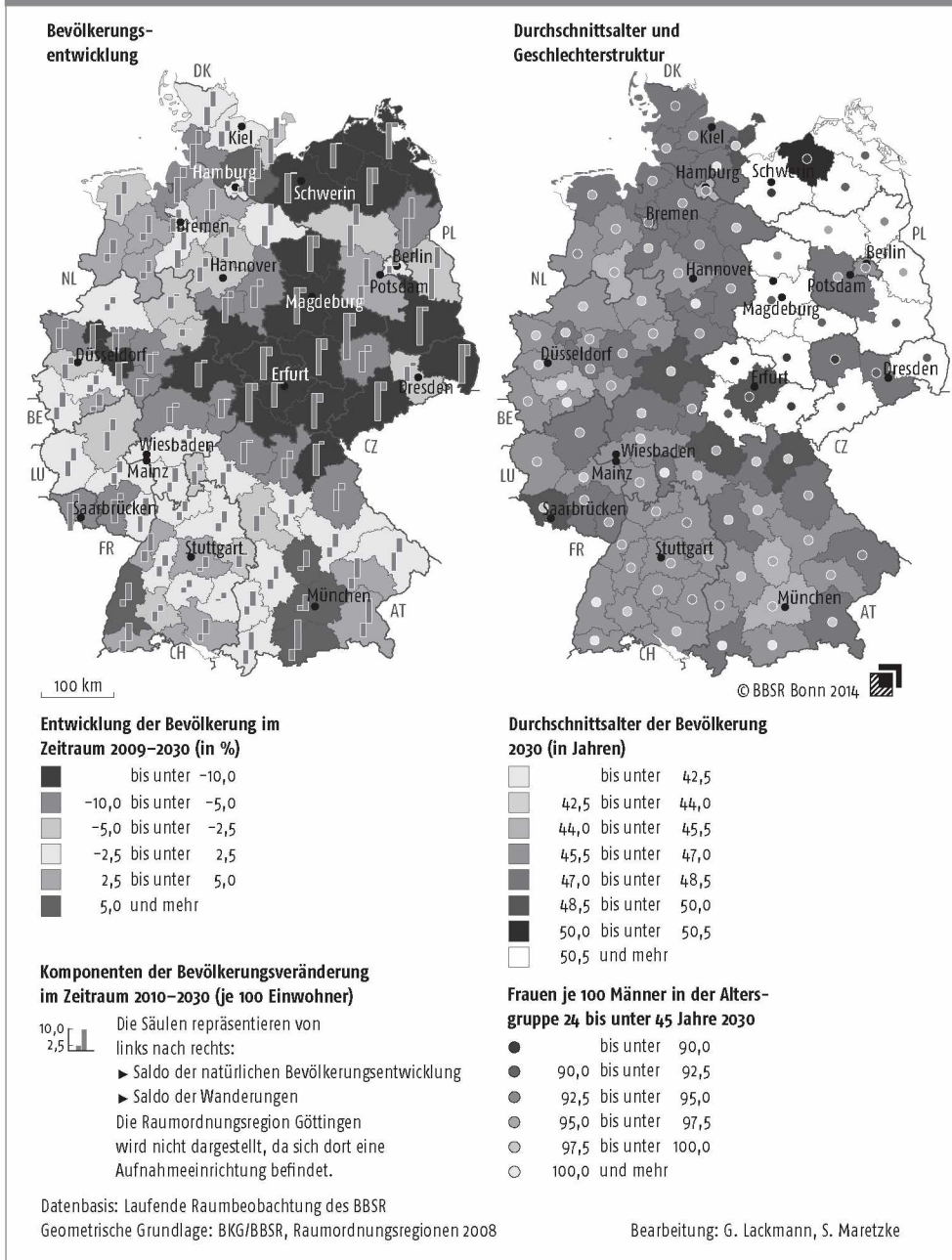
Da bekannt ist, dass sich der demografische Wandel in starker Abhängigkeit vom Niveau der regionalen Disparitäten siedlungsstruktureller, ökonomischer und sozialer Indikatoren vollzieht (MARETZKE 2009, S. 249), werden die bereits oben ausgewählten demografischen Struktur- und Entwicklungsindikatoren im Folgenden auf vorhandene Wechselwirkungen zu diesen Indikatoren untersucht (vgl. Anhang – Tabelle 1). Die Analyse der Korrelationsbeziehungen dieser Indikatoren bestätigt diese Zusammenhänge eindrucksvoll, wobei sich die identifizierbaren Abhängigkeitsmuster dieser Indikatoren wie folgt zusammenfassen lassen:

- ▶ Die demografischen Herausforderungen bewegen sich vor allem in den Regionen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, in denen die Einwohner/-innen eine hohe Kaufkraft realisieren, in denen sich die Arbeitslosigkeit auf einem vergleichsweise niedrigen Stand und die Bruttowertschöpfung auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau bewegt und vice versa.
- ▶ Die Geburtenziffern fallen in den strukturstärkeren Regionen wesentlich höher und die Sterbeziffern spürbar niedriger aus, was als ein direktes Ergebnis der selektiven Binnenwanderungsgewinne in der Vergangenheit bewertet werden kann und vice versa.
- ▶ In den ostdeutschen Regionen (ohne Berlin) ist die positive Korrelation von Bevölkerungsentwicklung, Binnenwanderungssaldo und Kaufkraft besonders stark ausgeprägt. Hier sind es vor allem die kaufkraftstärkeren Regionen, die den günstigeren Binnenwanderungssaldo realisieren.
- ▶ In den neuen Ländern (ohne Berlin) zeigt sich zudem, dass die Regionen mit einer günstigen Bevölkerungsentwicklung und relativ geringen demografischen Herausforderungen auch einen höheren Anteil an sozialversicherungspflichtig (sv) Beschäftigten in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen aufweisen und eine leistungsfähigere Breitbandausstattung realisieren. Das spricht für wettbewerbsfähigere Wirtschaftsstrukturen dieser Regionen und vice versa.

2.2 Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung 2009 bis 2030

Im Zeitraum 2009 bis 2030 wird sich die Bevölkerungszahl in Deutschland um 3,1 Prozent verringern. Während sich die demografische Entwicklung in den alten Ländern relativ stabil vollzieht (1,0 Prozent), verlieren die Regionen der neuen Länder mehr als jede/-n zehnte/-n Einwohner/-in (11,2 Prozent).

Karte 2: Demografische Strukturen und Trends 2009 bis 2030



Diese Entwicklung ist bundesweit vor allem der natürlichen Bevölkerungsentwicklung geschuldet (vgl. Karte 2), denn allein aus den Gestorbenenüberschüssen leitet sich in diesem

Zeitraum ein Bevölkerungsrückgang von über 7 Prozent ab. In den neuen Ländern sind diese Sterbeüberschüsse wesentlich stärker als in den alten Ländern ausgeprägt, ein klarer Hinweis auf die höhere Intensität der demografischen Alterung in diesen Regionen. Die Wanderungsgewinne, die sowohl die alten als auch die neuen Länder in diesem Zeitraum zu erwarten haben, können die Sterbeüberschüsse nicht kompensieren.

Im Ergebnis dieser Entwicklung steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Ost und West weiter an. Weist die ostdeutsche Bevölkerung 2030 ein Durchschnittsalter von 49,5 Jahren auf, so wird dieser Wert dann in den alten Ländern bei 46,6 Jahren liegen.

Auch in den kommenden Jahren (2009 bis 2030) wird sich der demografische Wandel in den Regionen Deutschlands sehr vielfältig gestalten (vgl. Karte 2). Während die Raumordnungsregionen Südlicher Oberrhein, Schleswig-Holstein Süd, Ingolstadt, Oberland und München ein Bevölkerungswachstum von über 5 Prozent zu erwarten haben, realisieren zahlreiche ostdeutsche Regionen Bevölkerungsverluste von z. T. weit über 20 Prozent. In der Raumordnungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird sich die Bevölkerungszahl bis dahin um über ein Viertel verringern.

Auch wenn das Durchschnittsalter der Bevölkerung in allen Regionen Deutschlands bis 2030 kontinuierlich steigt, haben die extremen Schrumpfungregionen die größten Zuwachsraten des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu erwarten. In vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung bis dahin um mehr als fünf Jahre steigen, während dieser Anstieg in den o. g. demografischen Wachstumsregionen nur ca. zwei Jahre beträgt.

Mit Blick auf die aktuellen sozialökonomischen, siedlungsstrukturellen und demografischen Indikatoren zeigt sich, dass die für die zurückliegenden Jahre identifizierten Zusammenhänge von sozialökonomischer/siedlungsstruktureller und demografischer Entwicklung auch die Entwicklung bis 2030 maßgeblich prägen werden (vgl. Anhang – Tabelle 2):

- ▶ Die Regionen mit einer überdurchschnittlich günstigen demografischen Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2012, also die strukturstärkeren, haben auch künftig eine günstigere Entwicklung zu erwarten, d. h., hier wird sich der Geburten-Gestorbenen-Saldo spürbar günstiger als in den bekannten Schrumpfungregionen gestalten. Zudem werden diese Regionen weit stärker von den Wanderungen profitieren. Im Ergebnis realisieren sie eine relativ stabile Bevölkerungsentwicklung oder sogar Zuwächse, eine ausgewogenere Geschlechterstruktur und eine deutlich geringere Intensität der demografischen Alterung.
- ▶ In den ostdeutschen Regionen wird sich die demografische Entwicklung auch bis 2030 umso günstiger entwickeln, je höher die Kaufkraft einer Region ausfällt. Die kaufkraftstärkeren Regionen haben zudem deutlich günstigere Wanderungsbilanzen zu erwarten.
- ▶ In den neuen Ländern ist auch in den kommenden Jahren zu erwarten, dass sich der demografische Wandel einer Region umso ungünstiger gestaltet, je niedriger ihr Bevölkerungspotenzial ist. Entsprechend konzentrieren sich die demografischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesse in den neuen Ländern weiter auf eher peripher gelegene Regionen.

2.3 Strukturen und Trends der Arbeitskräfteangebotsentwicklung 2009 bis 2030

Auf Basis der Bevölkerungsprognose des BBSR wurde auch eine Erwerbspersonenprognose gerechnet, die über die absehbare Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes in den Regionen Deutschlands bis 2030 informiert. Diese Prognosen haben im BBSR bereits eine lange Tradition (MARETZKE/BLACH 1995).

In der BBSR-Erwerbspersonenprognose wird die Zahl der künftigen Erwerbspersonen durch eine Verknüpfung der Personen im erwerbsfähigen Alter mit deren altersspezifischer Erwerbsbeteiligung berechnet, wobei die Personen aus der BBSR-Bevölkerungsprognose übernommen werden. Damit verbleibt als zentrale Aufgabe die Prognose der Erwerbsbeteiligung, operationalisiert durch die Erwerbsquoten. Sie geben an, welcher Anteil einer Bevölkerungsgruppe eine Erwerbstätigkeit ausübt oder dies zumindest beabsichtigt (Arbeitsuchende). Datenquelle dieser Erwerbsquoten ist der jährliche Mikrozensus. Weil der Bedarf an sachlich (demografisch) und gleichzeitig räumlich fein differenzierten Quoten sehr hoch ist, veranlasst das BBSR regelmäßige Sonderauswertungen des Mikrozensus, sodass die Prognoseannahmen – gestützt auf einer Zeitreihe der Erwerbsquoten für beide Geschlechter und alle Altersgruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung auf Ebene der Raumordnungsregionen – entwickelt werden können. Die der Prognose zugrunde gelegten Quoten haben neben dieser sachlichen und räumlichen also auch eine zeitliche Dimension. Die regionalen Erwerbsquoten werden für die Vergangenheit ermittelt und für die Zukunft auf der Ebene der Raumordnungsregionen trendbasiert geschätzt (SCHLÖMER 2012).

Die Ergebnisse dieser Prognose zeigen, dass der langfristige demografische Wandel nicht spurlos an der Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials vorbeigeht. Neben den demografischen Veränderungen wirken sich auch die langfristigen Veränderungen der Erwerbsbeteiligung infolge

- ▶ der kontinuierlichen Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen,
- ▶ der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und
- ▶ der Verkürzung der Ausbildungszeiten

spürbar auf die regionale Arbeitskräfteangebotsentwicklung aus, wobei die absehbaren Änderungen im Erwerbsverhalten der Frauen und Männer den demografischen Basistrend einer Region verstärken oder abschwächen.

Bundesweit ist im Zeitraum 2009 bis 2030 ein Rückgang des Arbeitskräfteangebotes von 7,8 Prozent zu erwarten (vgl. Tabelle 3). Die demografische Alterung spiegelt sich auch in der in der Arbeitskräfteangebotsentwicklung wider, denn vor allem die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen (15- bis 29-Jährige) sinkt überdurchschnittlich stark (-18,3 Prozent). Bei den Älteren (50- bis 69-Jährige) ist ein Zuwachs von 14,7 Prozent zu erwarten. Die Zahl des männlichen Arbeitskräfteangebotes wird sich stärker als das der weiblichen verringern.

Tabelle 3: Strukturen und Trends der Erwerbspersonenentwicklung in den Regionen Deutschlands 2009 bis 2030

Regionstypen, alte und neue Länder, Deutschland	EP* 2009		Anteil an den EP			DAIt** 2009	Entwicklung 2009 bis 2030					
	in 1.000	Je 100 Erwerbs- fähige (EQ)	Frauen	15-29- Jährige	50-69- Jährige		EP gesamt	EQ gesamt	EP Frauen	15-29- Jährige EP	50-69- Jährige EP	DAIt
						2009 (in %)						
			in Jahren									
alte Länder (ohne Berlin)	32.658	69,8	45,2	21,6	26,8	41,4	-3,9	2,6	-0,2	-14,6	20,6	4,0
Kreisfreie Großstädte	8.802	69,4	45,9	22,7	24,9	40,8	-2,9	3,9	0,2	-13,6	20,5	3,7
Städtische Kreise	15.265	69,5	45,1	20,8	27,6	41,7	-3,3	2,5	0,7	-13,2	20,2	3,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	5.112	70,9	44,9	21,6	27,5	41,5	-4,7	1,5	-0,9	-16,4	22,4	4,6
Dünn besiedelte ländliche Kreise	3.479	70,5	44,6	22,2	27,5	41,4	-7,4	1,3	-3,7	-20,2	19,5	4,9
neue Länder	8.650	72,3	46,3	21,6	28,7	41,7	-22,8	-3,4	-22,1	-32,4	-6,2	4,3
Kreisfreie Großstädte	3.118	70,5	46,7	23,4	25,6	40,8	-8,5	1,6	-8,3	-22,5	12,1	4,4
Städtische Kreise	699	72,7	46,4	20,7	31,8	42,3	-34,7	-4,8	-33,8	-40,1	-23,2	3,9
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	2.111	73,0	46,0	20,6	30,4	42,1	-29,7	-5,7	-29,1	-36,8	-14,0	4,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise	2.723	73,8	46,0	20,6	30,2	42,2	-30,8	-7,4	-29,5	-39,9	-13,2	5,0
Deutschland	41.309	70,3	45,4	21,6	27,2	41,4	-7,8	1,4	-4,8	-18,3	14,7	4,0
Kreisfreie Großstädte	11.920	69,6	46,1	22,9	25,1	40,8	-4,4	3,3	-2,0	-16,0	18,3	3,9
Städtische Kreise	15.964	69,6	45,1	20,8	27,8	41,7	-4,7	2,3	-0,9	-14,3	18,1	3,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen	7.223	71,5	45,2	21,3	28,3	41,7	-12,0	-0,4	-9,3	-22,2	11,0	4,5
Dünn besiedelte ländliche Kreise	6.202	71,9	45,2	21,5	28,7	41,7	-17,7	-2,3	-15,2	-28,5	4,4	4,8

EP – Erwerbspersonen ** DAIt – Durchschnittsalter der EP

Quelle: BBSR-Erwerbspersonenprognose 2009–2030/ROP

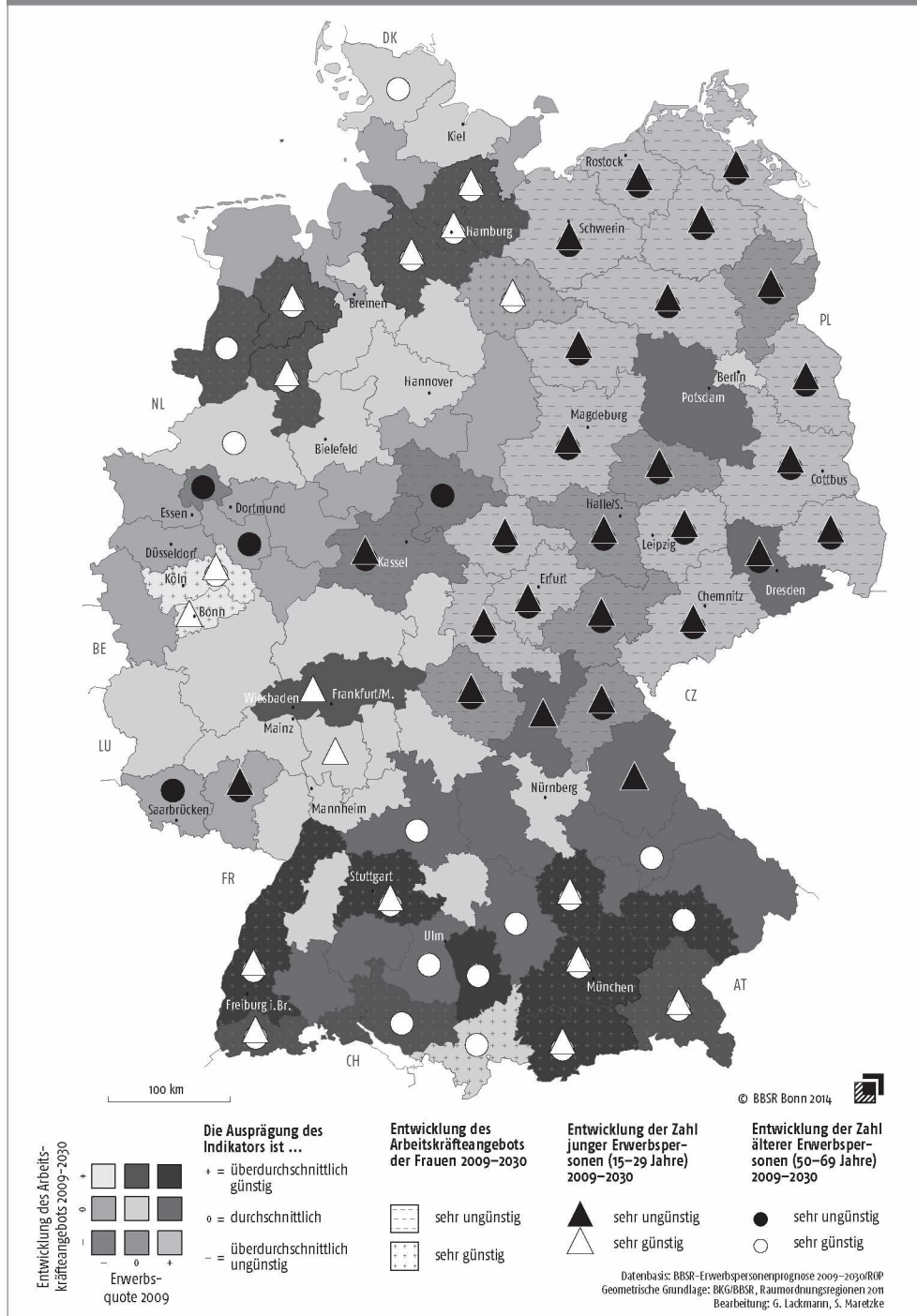
Diese strukturellen Entwicklungsunterschiede treffen auf Ost und West zu. Der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes fällt in den ostdeutschen Regionen aber erheblich stärker als in den westdeutschen aus. Vor allem die ostdeutschen Regionen außerhalb der kreisfreien Großstädte haben Verluste von z. T. weit über 30 Prozent zu erwarten, beim jüngeren Arbeitskräfteangebot liegt dieser Wert z. T. sogar über 40 Prozent. Erreichte der Anteil der älteren Erwerbspersonen in diesen Regionen 2009 mit einem Wert von knapp über 30 Prozent schon bundesweite Spitzenwerte, so wird dieser Anteil 2030 über 37 Prozent liegen. Dieser Alterungsprozess vollzieht sich in den ländlichen Kreisen der alten und neuen Länder mit der höchsten Intensität.

In Ost und West gestaltet sich die Arbeitskräfteangebotsentwicklung mit abnehmendem Verdichtungsgrad der Kreise immer ungünstiger. Während die Regionen außerhalb der kreisfreien Großstädte in den alten Ländern zumindest bei den älteren Erwerbspersonen noch Zuwächse von knapp 20 Prozent und mehr zu erwarten haben, werden die ostdeutschen Regionen dieses Kreistyps auch in dieser Altersgruppe erhebliche Verluste (> 10 Prozent) erleben.

Im regionalen Kontext offenbart sich bis 2030 eine beachtliche Vielfalt der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes (vgl. Karte 3). Neben Regionen mit Zuwächsen von über 5 Prozent finden sich viele, deren Arbeitskräfteangebot bis 2030 um über 30 Prozent sinken wird. Im letzteren Falle sind nur ostdeutsche Regionen betroffen. Diese Regionen, die im Ausgangsjahr der Prognose mehrheitlich noch eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung aufwiesen, müssen sich bis 2030 auf die bundesweit stärksten Erwerbspersonenverluste einstellen. Die negativen Facetten dieser Entwicklung bündeln sich vor allem in den Raumordnungsregionen Mecklenburgische Seenplatte, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Altmark und Oberlausitz-Niederschlesien. Hier wird die Zahl der Erwerbspersonen mindestens um 35 Prozent sinken, wobei diese Verluste sowohl bei den Frauen (> 34,9 Prozent), den jüngeren (> 41,5 Prozent) als auch den älteren Erwerbspersonen (> 20,2 Prozent) zu beobachten sein werden. Diese Schrumpfungsprozesse gehen in diesen Regionen mit einem weiteren Rückgang der Erwerbsquoten (Mecklenburgische Seenplatte > 10 Prozent) und einer überdurchschnittlich hohen Intensität der Alterung des Arbeitskräfteangebotes einher. In den eher strukturschwachen, ländlich geprägten Regionen Lausitz-Spreewald, Prignitz-Oberhavel und Uckermark-Barnim wird das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen 2030 dann über 44,5 Jahren liegen, während solch strukturstarke Wachstumsregionen wie Hamburg, München oder Ingolstadt Werte von 42,5 Jahren oder niedriger aufweisen (Deutschland 43,1 Jahre).

In den alten Ländern haben die Regionen Oberfranken-Ost, Göttingen, Main-Rhön und Nordhessen bis 2030 den stärksten Rückgang der Erwerbspersonenzahl (> 15,7 Prozent) zu erwarten. Diese Verluste werden dabei zumindest in den Regionen Oberfranken-Ost, Göttingen und Nordhessen durch einen leichten Anstieg der Erwerbsquoten gemildert. Im Gegensatz zu den extremen ostdeutschen Schrumpfungsregionen haben diese westdeutschen Regionen zudem zumindest eine relativ stabile Entwicklung des älteren Arbeitskräfteangebotes zu erwarten. Mit Erwerbsquoten von 64,4 Prozent bis 70,7 Prozent werden sie aber auch 2030 noch Werte realisieren, die deutlich unter dem prognostizierten Bundeswert von 71,3 Prozent liegen.

Karte 3: Strukturen und Trends der Arbeitskräfteangebotsentwicklung 2009 bis 2030



Die Regionen mit der günstigsten Arbeitskräfteangebotsentwicklung konzentrieren sich bis 2030 vor allem auf die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg. Bundesweit haben die Regionen München, Oberland und Schleswig-Holstein-Süd den stärksten Anstieg ihres Arbeitskräfteangebotes zu erwarten (> 4,8 Prozent). Getragen werden diese Zuwächse durch tendenziell weiter steigende Erwerbsquoten, vor allem aber vom spürbaren Anstieg der Zahl älterer (> 37,8 Prozent) und weiblicher Erwerbspersonen (> 7,3 Prozent).

Fazit

Die hier vorgestellten Analysen und Prognosen haben gezeigt, dass sich der demografische Wandel in einer großen regionalen Vielfalt vollzieht. Sowohl in der Vergangenheit als auch bis 2030 vollzieht sich dieser Wandel in den Regionen zudem in starker Abhängigkeit von zentralen Indikatoren der Wirtschafts-, Sozial- und Siedlungsstruktur. Je nachdem, wie die Regionen von ihren ökonomischen, sozialen und siedlungsstrukturellen Strukturen her ausgestattet sind, gestaltet sich die Veränderung der demografischen Strukturen und Trends mehr oder weniger günstig. Besonders vorteilhaft war und bleibt es für eine Region, wenn sie strukturstark und in der Nähe leistungstarker Zentren liegt. Strukturschwache und/oder stärker peripher gelegene Regionen wiesen demgegenüber stärkere Bevölkerungsverluste und eine höhere Intensität der demografischen Alterung auf.

Diese regionalen Muster des demografischen Wandels prägen auch die künftige Entwicklung. Regionen mit Bevölkerungswachstum und niedrigem Durchschnittsalter werden auch bis 2030 weniger von den z. T. gravierenden Herausforderungen des demografischen Wandels betroffen sein als die strukturschwachen und/oder peripher gelegenen, die bereits in der Vergangenheit überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste und die stärkste Dynamik demografischer Alterung erlebten.

Die aktuellen und absehbaren demografischen Herausforderungen sind enorm. Dabei unterliegt der demografische Wandel seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten, unabhängig von den Wunschvorstellungen der Akteure im Raum. Vor allem die Akteure der strukturschwachen ländlichen Regionen mit starken Bevölkerungsverlusten und höchster Intensität an demografischer Alterung müssen sich an diese Entwicklung anpassen. Dazu gibt es für sie keine echte Alternative. Lassen sie diese Prozesse einfach weiterlaufen ohne den Versuch aktiver, gestalterischer Einflussnahme, schreitet der demografische Wandel weiter ungeordnet voran mit teuren Nebenwirkungen. Im Ergebnis kann also auch politisches Nichthandeln zu einer Entscheidung mit gravierenden Folgewirkungen werden. Je früher man sich auf diesen Wandel einstellt, umso besser. Die Kommunen und Regionen, die heute noch nicht so stark betroffen sind, wären gut beraten, wenn sie sich frühzeitig darüber informieren, welche Veränderungen langfristig auf sie zukommen und wie man darauf am besten reagiert. Dies könnte ihnen eine Menge Geld sparen. Die ostdeutschen Regionen sind besonders vom demografischen Wandel betroffen. Weil viele dieser Regionen im strukturschwachen, ländlich peripheren Raum liegen, sind sie schon heu-

te mit enormen Herausforderungen im Bereich der regionalen Daseinsvorsorge bzw. der Absicherung des Leitbildes gleichwertiger Lebensbedingungen konfrontiert. Immer öfter steht für sie der Erhalt der letzten Infrastruktur einer bestimmten Qualität auf der Tagesordnung (die letzte Grundschule im Ort, der letzte Bäcker ...). Im Ergebnis bearbeiten sie die Themen Mobilität, Bildung, Gesundheit, Rettungswesen, Versorgung, Kultur immer stärker im Kontext regionaler Entwicklungsstrategien, weil ihnen klar ist, dass sie diese demografischen Herausforderungen aktiv angehen müssen und nicht alleine meistern können. Deswegen setzen sie immer stärker auf interkommunales, ressortübergreifendes Agieren, auf die Aktivierung der Zivilgesellschaft u. a. m. Im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge, das vom heutigen Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) initiiert wurde, werden beispielsweise 21 Modellregionen in ländlichen Räumen darin unterstützt, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten (AKTIONSPROGRAMM REGIONALE DASEINSVORSORGE 2012). Im Rahmen der verfügbaren Förderprogramme von EU, Bund und Ländern, die künftig immer stärker, auch ressortübergreifend, abgestimmt werden müssen, suchen sie nach geeigneten Lösungsansätzen, um dem demografischen Wandel aktiv entgegenzutreten. Im Kontext der aktiven Gestaltung regionaler Schrumpfungsprozesse werden dabei aktuell u. a. die folgenden Handlungsempfehlungen gegeben (KÜPPER et al. 2013, S. 2 ff.):

- ▶ Konzeptbasierte regionale Siedlungsentwicklung und kleinräumiges Monitoring
- ▶ Regionaler Siedlungsumbau
- ▶ Verbesserung regionaler Einkommenschancen und Versorgungsqualität
- ▶ Dorfmanager
- ▶ Regionale Koordinierungsrunden und Zukunftsdialoge
- ▶ Zukunfts-Check für öffentliche Investitionen
- ▶ Regionaletats
- ▶ Flexibilisierung von Standards der Daseinsvorsorge
- ▶ Besondere staatliche Aufmerksamkeit bei starker Schrumpfung

Will man das Leitbild der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen auch künftig in Deutschland glaubhaft vertreten, gilt es insbesondere für die strukturschwachen und gering verdichteten Räume wirkungsvolle, gegebenenfalls auch völlig neue Lösungsansätze zu deren Sicherung zu finden (ARING 2013).

Auch das Problem wachsender Fachkräfteengpässe erfasst zunehmend mehr Regionen. Bundesweit sind deshalb in den letzten Jahren zahlreiche Projekte, Initiativen und Netzwerke zur Fachkräftesicherung entstanden, denen gemein ist, dass in ihnen regionale Akteure wie z. B. Agenturen für Arbeit, Kammern, Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsförderer und Rentenversicherungsträger zusammenkommen und konkrete

Maßnahmen zur Fachkräftesicherung vor Ort vorantreiben. Dabei haben sich viele interessante und nachahmenswerte Projekte entwickelt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mit dem Projekt „Innovationsbüro Fachkräfte“ eine Institution geschaffen, die

- ▶ regionale Netzwerke und Initiativen unterstützt und berät, etwa bei Fragen zur Gründung oder zur Netzwerkorganisation,
- ▶ Erfahrungsaustauschkreise und Workshops für Netzwerke und Interessierte organisiert, um regionale Strategien und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren,
- ▶ bundesweite Veranstaltungen ausrichtet, um eine breite Öffentlichkeit für das Thema Fachkräftesicherung zu sensibilisieren, die überregionale Vernetzung voranzutreiben und um neue Impulse und Ideen zu verbreiten,
- ▶ mit ihrem Internetauftritt eine zentrale Plattform bietet, die zahlreiche Informationen zum Thema regionale Fachkräftesicherung und Netzwerkarbeit bündelt (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2014).

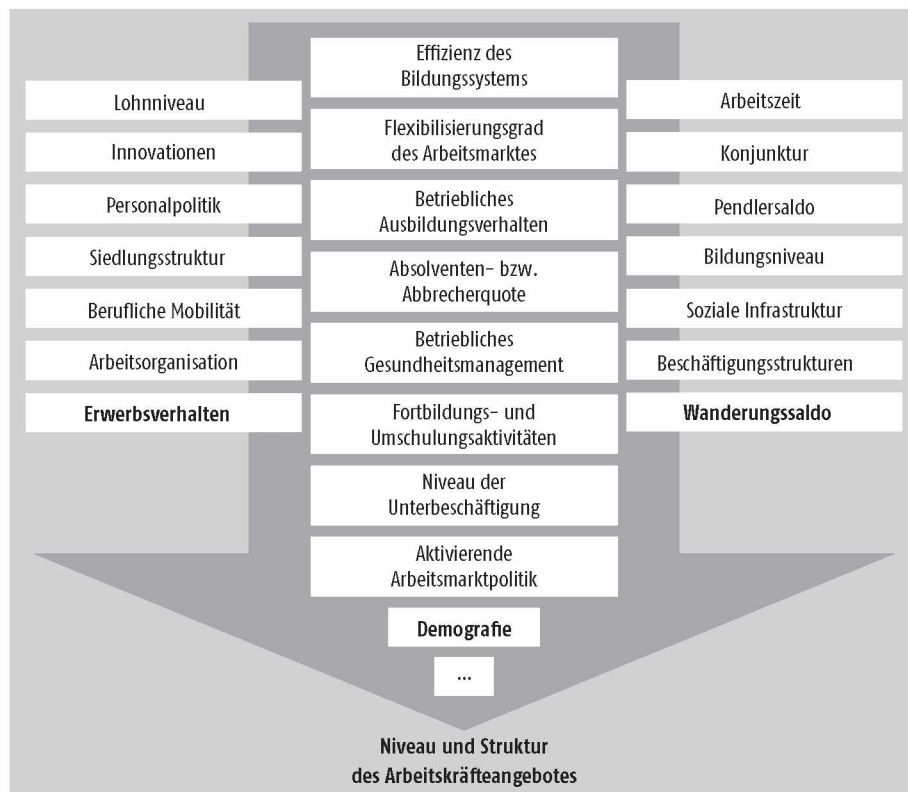
Die regional differenzierten Strukturen des demografischen Wandels schlagen sich nachhaltig in der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes nieder, die ja sehr stark mit der demografischen Entwicklung korreliert. Neben wenigen Regionen mit steigenden Erwerbspersonenzahlen bis 2030 gibt es viele, in denen sich das Arbeitskräfteangebot z. T. drastisch verringern wird. Unter diesen Rahmenbedingungen müssen sich vor allem diese Regionen darauf einstellen, ihren vorhandenen Arbeitskräftebedarf künftig noch stärker als bislang durch weibliche und ältere Erwerbspersonen zu befriedigen, denn bis 2030 wird es flächendeckend zu einem z. T. drastischen Rückgang junger Erwerbspersonen kommen. Schon heute mehren sich die Stimmen, die dem demografisch bedingten Fachkräftemangel das Wort reden. Dabei sind sowohl strukturstarke Wachstumsregionen als auch strukturschwache Schrumpfsregionen von diesem Phänomen betroffen. Offensichtlich ist es der demografische Wandel nicht allein, der diese Fachkräfteengpässe hervorruft. In vielen dynamischen Wachstumsregionen, z. B. in München⁴, resultiert der Fachkräftemangel hauptsächlich aus der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften, was die extrem niedrige Arbeitslosigkeit deutlich signalisiert, die vor allem in den Räumen rund um München im August 2014 nur bei 2 bis 3 Prozent lag. In den strukturschwächeren Regionen sind die absehbaren Schrumpfungsprozesse dagegen vor allem der ungünstigen Erwerbspersonenentwicklung geschuldet.

Im Kontext der Faktoren, die die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes maßgeblich prägen, ist das Thema Demografie allerdings nur eines unter vielen. Die vielen anderen Stell-

4 Einem Beitrag im Münchner Wochenanzeiger vom 18.9.2014, der ein Interview mit Josef Schmid, dem Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München, veröffentlichte, ist zu entnehmen, dass nach einer Erhebung der Handwerkskammer für München und Oberbayern bereits 2010 rund 40 Prozent aller Betriebe „nicht optimal besetzt“ waren – freie Stellen konnten nicht nachbesetzt werden. Im Herbst 2014 bleiben in den Betrieben mehr als 5.000 Lehrstellen unbesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im Einzelhandel und in der Gastronomie. Allein die Handelskammer sprach schon 2011 von nahezu 1,3 Milliarden Euro Umsatz, die der Fachkräftemangel verhindere (BEETZ 2014).

größen, die in der BBSR-Erwerbspersonenprognose gar nicht berücksichtigt sind, zeigen, dass es ein bedeutendes Potenzial an ungenutzter Beschäftigung gibt, das in diesen Regionen noch gehoben werden kann (BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG 2012) (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Die Vielfalt der Einflussfaktoren auf das regionale Arbeitskräfteangebot



Quelle: Eigene Darstellung

Die demografischen Herausforderungen sind für die Regionen enorm. Viele können diese kaum alleine meistern und brauchen Unterstützung. Bund und Länder könnten diese im Zuge der Entwicklung ihrer Demografiestrategie, beispielsweise durch eine verbindliche Abgrenzung der besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen (DEMOGRAFIEPORTAL 2014), bieten. Eine solche räumliche Gebietsabgrenzung böte die Möglichkeit, den betroffenen Regionen konzentrierte, abgestimmte und gegebenenfalls auch neue Förderinstrumente zur Bewältigung dieser Herausforderungen an die Hand zu geben. Die bislang vorgelegten Ergebnisse werden diesem Anspruch noch nicht gerecht.

Diese Überlegungen sollten auch im Rahmen der geplanten Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ berücksichtigt werden. Zu begrüßen ist, dass der Bund die Fördermöglichkeiten des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) umfassend nutzen und Ressortzuständigkeiten besser koordinieren möchte für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume. Innerhalb der Bundesregierung soll zudem ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge gebildet werden (BUNDESREGIERUNG 2013, S. 122). Mit Blick auf die vielfältigen demografischen Herausforderungen sprechen die konkreten Signale, die regelmäßig von Bund und Ländern gesandt werden, aber noch nicht von einer schlüssigen, einheitlichen oder gar abgestimmten Strategie.

Literaturverzeichnis

- AKTIONSPROGRAMM REGIONALE DASEINSVORSORGE 2012: Produkte und Veröffentlichungen unter: <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/55/> (gelesen am 19.9.2014)
- ARING, Jürgen: Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. In: FABER, Kerstin; OSWALT, Philip (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge (= edition bauhaus 35). Leipzig 2013, S. 42–56
- BEEZ, Johannes: München: Hausgemachter Fachkräftemangel. In: <http://www.wochenanzeiger.de/article/153223.html> (gelesen am 19.9.2014)
- BERKEL, B.; BÖRSCH-SUPAN, A.; WINTER, J.: Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar? 17 S. Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demografischer Wandel. 2002. http://mea.mpisoc.mpg.de/uploads/user_mea_discussionpapers/eguod8uw4qw92yaf_dp25.pdf
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.): Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine Herausforderung für Stadt und Land. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 30. November bis 1. Dezember 2009 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 6/2010, 126 S.
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.): Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 9. Dezember bis 10. Dezember 2010 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 3/2011, 135 S.
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.): Fachkräftemangel. Ein neues, demografisch bedingtes Phänomen? Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 8. Dezember bis 9. Dezember 2011 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 2/2012, 118 S.

- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/UeberRaumbeobachtung/Komponenten/Raumordnungsprognose/Modell/ModelLEWP.html> (gelesen am 31.3.2014)
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN: Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes vom 26.10.2011. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html?nn=2354204> (gelesen am 9.2.2012)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES: <http://www.fachkraeftebuero.de/ueber-uns/> (gelesen am 1.9.2014)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG; BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezentertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 1. Dezember bis 2. Dezember 2008 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 34/2009, 131 S.
- BUNDESREGIERUNG: Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, 2013, 185 S. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=B887934C64B6B9799706B318444AA385.s4t1?__blob=publicationFile&v=2 (gelesen am 1.9.2014)
- DEMOGRAFIEPORTAL DES BUNDES UND DER LÄNDER: Interaktive Karte zu regionalen Herausforderungen. http://www.demografie-portal.de/DE/Informieren/Karte/karte_node.html (gelesen am 4.4.2014)
- DESTATIS: Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2013 um 11 %. Pressemitteilung Nr. 391 vom 21.11.2013. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/11/PD13_391_12711pdf (gelesen am 4.4.2014)
- DESTATIS: Wanderungen. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/WanderungenInsgesamt.html> (gelesen am 28.3.2014)
- GATZWEILER, Hans-Peter; SCHLÖMER, Claus: Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung: Wanderungen und Raumentwicklung: neue Trends und Perspektiven, H. 3/4/2008, S. 248 f.
- HAUG, Sonja: Klassische und neuere Theorien der Migration. In: Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 30/2000, Mannheim 2000
- KIRCHGÄSSNER, G.: Wirtschaftliche Probleme einer alternden Bevölkerung: Übersicht und grundsätzliche Aspekte. Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, CESifo und Leopoldina. 2005, 39 S.
- KÜPPER, Patrick; STEINFÜHRER, Annett; ORTWEIN, Steffen; KIRCHESCH, Moritz: Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Braunschweig 2013: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 57 S.
- MAI, Ralf; SCHAREIN, Manfred: Effekte der Binnenmigration auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: CASSENS, Insa; LUY, Marc; SCHOLZ, Rembrandt (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. Wiesbaden 2009, S. 75–99

- MARETZKE, Steffen: Die demografische Entwicklung auf dem Lande – ökonomische und soziale Konsequenzen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (unveröffentlichte Dissertationsschrift, Hochschule für Ökonomie). Berlin 1987, 289 S.
- MARETZKE, Steffen: Demographische Prozesse und Strukturen (Kap. 2.1 und 2.2). In: Regionalbarometer neue Länder – Zweiter zusammenfassender Bericht. Materialien zur Raumentwicklung, Heft 69. Bonn 1995
- MARETZKE, Steffen: Regionale Unterschiede in der Altersstruktur. In: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Bevölkerung 2001
- MARETZKE, Steffen (Hrsg.): Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands. BIBB-Materialien Heft 125, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2008, 119 S.
- MARETZKE, Steffen: Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands – Ein Spiegelbild der vielfältigen ökonomischen und sozialen Disparitäten. In: CASSENS, Insa; LUY, Marc; SCHOLZ, Rembrandt (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. VS Research 2009, S. 223–260
- MARETZKE, Steffen: Die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen. Eine große Herausforderung für besonders vom demografischen Wandel betroffene Regionen. In: Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? In: BBSR-Online-Publikation 02/2013. BBSR (Hrsg.). Bonn, Dezember 2013
- MARETZKE, Steffen; BLACH Antonia: Das Arbeitskräfteangebot in den Regionen Deutschlands bis 2010. In: Informationen zur Raumentwicklung 12/1994, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Bonn 1995
- MARETZKE, Steffen; WEISS, Wolfgang: Demografische Herausforderungen Ländlicher Räume. In: BMVBS, BBSR (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezentertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 1. Dezember bis 2. Dezember 2008 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 34/2009, 131 S.
- OUTREVILLE, F.: The Ageing Population and the Future of Healthcare Plans. Geneva Papers on Risk and Insurance 26/2001, S. 126–131
- SCHLÖMER, Claus: Raumordnungsprognose 2030. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen. In: Analysen Bau.Stadt.Raum Band 9. BBSR (Hrsg.). Bonn 2012, S. 34

Anhang Tabelle 1: Korrelationskoeffizienten ausgewählter Struktur- und Entwicklungsindikatoren 2000–2012						
Deutschland	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	qWissDI11	AvHH50_12
Bevölkerungsentwicklung 2000–2012 in %	0,583	0,772	0,608	0,297	0,574	0,508
Geborene je 100 Einwohner, 2000–2012	0,578	0,740	0,646	0,337	0,567	0,547
Gestorbene je 100 Einwohner, 2000–2012	0,497	0,528	0,429		0,305	0,302
Binnenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner	0,270	0,378	0,273		0,233	0,238
Außenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner						
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2011, in Jahren	0,667	0,697	0,648	0,236	0,439	0,531
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2011	0,526	0,723	0,527	0,226	0,402	0,507
Personen mit Migrationshintergrund je 100 Einwohner, 2011						
Alte Länder (ohne Berlin)	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	qWissDI11	AvHH50_12
Bevölkerungsentwicklung 2000–2012 in %	0,377	0,652	0,420	0,234	0,458	
Geborene je 100 Einwohner, 2000–2012	0,347	0,582	0,483	0,296	0,421	
Gestorbene je 100 Einwohner, 2000–2012	0,628	0,555	0,415		0,245	
Binnenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner		0,250				
Außenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner						
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2011, in Jahren	0,457	0,370	0,370			
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2011		0,349		0,241		
Personen mit Migrationshintergrund je 100 Einwohner, 2011						
Neue Länder (ohne Berlin)	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	qWissDI11	AvHH50_12
Bevölkerungsentwicklung 2000–2012 in %		0,810		0,516	0,737	0,710
Geborene je 100 Einwohner, 2000–2012		0,470		0,607	0,822	0,793
Gestorbene je 100 Einwohner, 2000–2012						0,448
Binnenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner		0,782		0,543	0,703	0,646
Außenwanderungssaldo 2000–2012 je 100 Einwohner						
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2011, in Jahren		0,530			0,602	0,690
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2011		0,687				
Personen mit Migrationshintergrund je 100 Einwohner, 2011						
Korrelation nach Pearson; Signifikanz (2-seitig) < 0,005; regionaler Bezug: Raumordnungsregionen						
alq0912 – Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbspersonen 9.2012; qkk10 – Kaufkraft je Einwohner in Euro, 2010;						
qbws11 – Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2011; pot10 – Regionales Bevölkerungspotenzial;						
qWissDI11 – Anteil sv Beschäftigter in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2011;						
AvHH50_12 – Anteil der Haushalte 12.2012, die mindestens mit 50 MBit/s-Breitband versorgt werden können						

Anhang Tabelle 2: Korrelationskoeffizienten ausgewählter Struktur- und Entwicklungsindikatoren 2009–2030						
Deutschland	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	ebevoob12	dal_g11
Geborenen(+)/Gestorbenen (-)-überschüsse je 100 Einwohner 2010 bis 2030	-0,632	0,797	0,694	0,339	0,930	-0,952
Wanderungssaldo 2010–2030 je 100 Einwohner	-0,468	0,560	0,312		0,783	-0,508
Bevölkerungsentwicklung 2009–2030 in %	-0,623	0,778	0,580	0,224	0,972	-0,831
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2030	-0,519	0,652	0,453		0,543	-0,517
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2030, in Jahren	0,596	-0,785	-0,714	-0,363	-0,888	0,941
Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung 2011 bis 2030 (2011 = 100)	-0,201	0,656	0,568	0,488	0,598	-0,435
Alte Länder (ohne Berlin)	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	qWissDI11	AvHh50_12
Geborenen(+)/Gestorbenen (-)-überschüsse je 100 Einwohner 2010 bis 2030	-0,415	0,656	0,536	0,325	0,855	-0,900
Wanderungssaldo 2010–2030 je 100 Einwohner	-0,287	0,315			0,649	
Bevölkerungsentwicklung 2009–2030 in %	-0,446	0,632	0,326		0,961	-0,651
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2030		0,265				
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2030, in Jahren		-0,613	-0,566	-0,468	-0,765	0,848
Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung 2011 bis 2030 (2011 = 100)	0,440	0,520	0,431	0,675	0,229	
Neue Länder (ohne Berlin)	alq0912	qkk10	qbws11	pot10	qWissDI11	AvHh50_12
Geborenen(+)/Gestorbenen (-)-überschüsse je 100 Einwohner 2010 bis 2030		0,654		0,525	0,943	-0,912
Wanderungssaldo 2010–2030 je 100 Einwohner		0,851			0,792	-0,491
Bevölkerungsentwicklung 2009–2030 in %		0,866			0,940	-0,716
Frauen je 100 Männer (25–49-Jährige) 2030		0,616				
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2030, in Jahren		-0,613		-0,654	-0,909	0,838
Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung 2011 bis 2030 (2011 = 100)		0,455		0,852	0,638	
Korrelation nach Pearson; Signifikanz (2-seitig) < 0,005; regionaler Bezug: Raumordnungsregionen						
alq0912 – Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbspersonen 9.2012; qkk10 – Kaufkraft je Einwohner in Euro, 2010;						
qbws11 – Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2011; pot10 – Regionales Bevölkerungspotenzial;						
qWissDI11 – Anteil sv Beschäftigter in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2011;						
AvHh50_12 – Anteil der Haushalte 12.2012, die mindestens mit 50 MBit/s-Breitband versorgt werden können						